

VORWÄRTS

MIT WAHL SONDERNUMMER

Betriebszeitung der Sozialistischen Jugend Favoriten
Gruppe Rote Werkstatt

Nr.1

Mai/Juni 1983

Preis 5S Solidaritätspreis 10S

35 STUNDEN - WOCHEN JETZT !

Ohne Lohnverlust!

Die 35-Stundenwoche wird unsere Wirtschaft kaputt machen, wir werden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sein. So und ähnlich waren die Aufschreie der Unternehmer, nachdem Sozialminister und GPA-Chef Dallinger zum ersten Mal in einem Interview die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gefordert hat.

Wir wollen hier auf die Lügen der Unternehmer eingehen, mit denen sie immer wieder gegen jede Arbeitszeitverkürzung (ausgenommen Kurzarbeit in Krisenzeiten) zu argumentieren versuchen.

LÜGE Nr.1

"Ein nennenswerter Arbeitskräftebedarf entsteht durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht." Tatsache ist, daß bei einer 35-Stundenwoche in der Stahlindustrie z.B. dort, wo aus technischen Gründen rund um die Uhr gearbeitet werden muß, die Schichten so eingestellt werden könnten, daß eine komplette, zusätzliche Schicht eingestellt werden müßte. Realistische Berechnungen meinen, daß schon eine Arbeitszeitverkürzung um eine Stunde pro Woche 40 000 neue Arbeitsplätze bringen würde.

Fortsetzung auf
Seite 7



BRD IG Metall für die 35 Std. Woche

LÜGE Nr.2

"Die Einführung der 35-Stundenwoche ist zu teuer. Die österreichische Wirtschaft würde dadurch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit einbüßen."

Diese Argumente, benützen die Unternehmer aller Länder, um "ihre" Arbeiter vom Kampf für die 35-Stundenwoche abzuhalten. Doch in ganz Europa ist dieser Kampf schon im Gange: Der Europäische Gewerkschaftsbund hat bereits zu einem eintägigen europaweiten Streik für die 35-Stundenwoche aufgerufen, und die belgischen Arbeiter haben be-

reits 1979 eine 38-Stundenwoche erkämpft. Wenn sich die Arbeiter der verschiedenen Länder nicht spalten und gegenseitig ausspielen lassen, sondern vereint kämpfen, dann können sie auch die 35-Stun-

INHALT

Lehrlingsrechte..Seite	2
VEW.....Seite	3
Karl Marx.....Seite	4
Jugoslawien.....Seite	6
BRD Wahlen.....Seite	7
Kolporteurs.....Seite	8

Lehrlinge wehrt euch!

Wir hören immer wieder von Lehrlingen, die Schwierigkeiten im Betrieb haben...

"Wir können gegen den Lehrherren nichts ausrichten..."

Wir wollen hier als Beispiel einen Lehrling zeigen, der als engagierter Gewerkschafter, seinem Chef einige Zugeständnisse abringen konnte. Sich zu wehren, ist nie sinnlos!

Vorwärts: Was arbeitest Du?

M.S.: In einem Hotel als Hotel- und Gastgewerbeassistent, das ist die Ausbildung als Rezeptionist. Die Berufsschule besuche ich in der Steiermark.

Vorwärts: Wer zahlt den Aufenthalt?

M.S.: Bei mir zahlt der Betrieb, aber der Großteil muß selber bezahlen mit der Lehrlingsentschädigung.

Vorwärts: Bist du Gewerkschaftsmitglied?

M.S.: Ja, Hotel-, Gastgewerbe und persönlicher Dienst.

Vorwärts: Hast Du eine Funktion?

M.S.: Ja, ich bin Jugendvertrauensrat, ich hoffe, daß ich Betriebsrat werde. Als Jugendvertrauensrat habe ich nur Mitspracherecht. Man kann nur zuhören, und andere bestimmen.

Vorwärts: Hilft Dir die Gewerkschaft?

M.S.: Ja, mit Informationsmaterial und mit persönlicher Unterstützung. Wir haben im Betrieb keinen Betriebsrat seit 20 Jahren. Als ich eingestellt wurde, war ich der einzige bei der Gewerkschaft. Als ich Vertrauensrat werden wollte, gab es einigen Ärger. Jetzt sind schon weitere fünf Kollegen bei der Gewerkschaft.

Vorwärts: Wie hast Du sie überzeugt?

M.S.: Sie kann Dir helfen, wenn Schweißereien passieren und der Direktor jemanden ungerechtfertigt entläßt. Zum Beispiel gibt es die Mehrarbeit als Strafe bei uns, unbezahlt natürlich. Ich habe mich gewagt, aber die anderen machen sie noch. Sie haben

Schluß, entlassen zu werden.

Vorwärts: Bist Du für mehr Mitbestimmung?

M.S.: Sicherlich. Wir könnten ungerechte Kündigungen verhindern und innerbetriebliche Schwierigkeiten selbst lösen. Der Direktor sucht bloß einen Schwachpunkt bei den Angestellten, um daraus Kapital zu schlagen.

Vorwärts: Wie stehst Du zur 35-Stundenwoche?

M.S.: Bei uns ging sich die 35-Stundenwoche aus. Auch für die anderen Arbeiter, die schwerer arbeiten, wäre sie notwendig, um ihnen neue Arbeitsplätze und Zeit zu bieten. Die Betriebe würden sicherlich mehr Lehrlinge einstellen.

Vorwärts: Hättest Du Verbesserungsvorschläge?

M.S.: Ja, die Gesetze zum Schutz der Lehrlinge müßten eingehalten und kontrolliert werden. Außerdem sollte es Schulungen und Kurse für Ausbilder geben.

Vorwärts: Deine Meinung zur Berufsschule?

M.S.: Wir haben zwei Monate auf

einmal Schule. Der Stoff wird komprimiert, und du hast kaum Zeit zum Lernen. Du lernst nur für Prüfungen. Außerdem möchte ich Spanisch lernen, aber dieses System macht Weiterbildung unmöglich.

Vorwärts: Und politische Bildung?

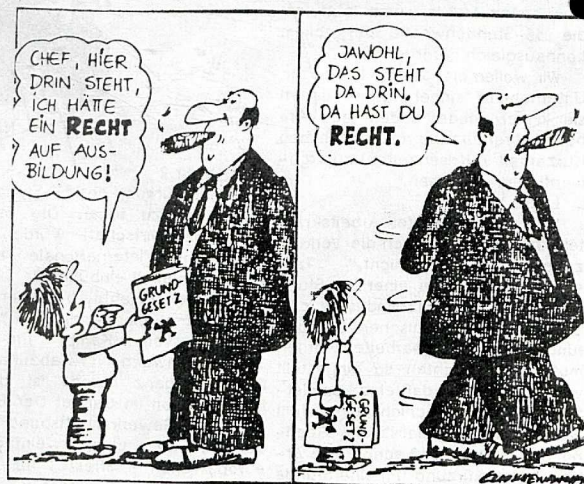
M.S.: Kaum vorhanden, schon gar nicht zu aktuellen Problemen der Arbeiter. Interessen bleiben in der Berufsschule auf der Strecke, und die Hilfe unter den Schülern selbst ist nicht vorhanden. Man hat viel zu wenig Zeit zum Lernen. Man kriegt überhaupt nichts mit.

Vorwärts: Was hältst Du von Arbeitersolidarität?

M.S.: Natürlich müssen zum Beispiel streikende Kollegen unterstützt werden, mit Propaganda und Geld. Auch sollten ausländische Kollegen unsere Solidarität spüren, wir müssen z.B. unsere polnischen Kollegen unterstützen.

Vorwärts: Warum fehlt Demokratie in der Gewerkschaft?

M.S.: Ich bin der Meinung, daß der Druck von unten fehlt. Wenn es zuwenig Demokratie gibt, müssen es die Arbeiter ändern.



Stahlindustrie in der Krise



Bernhard Odehnal SJ10

von Zusperrern und Stilllegen.

Die verstaatlichten Stahlindustrien waren bis jetzt immer Musterbetriebe Österreichs. Bis jetzt konnte die Regierung durch Subventionen in Milliardenhöhe das Ärgste vermeiden.

Jetzt aber zeigt sich, daß in einer kapitalistischen Wirtschaft auch die verstaatlichten Betriebe nicht von Krisen verschont bleiben, insbesondere, wenn sie von einem kapitalistischem Management geführt werden und von Arbeitermitbestimmung keine Rede ist.

Deshalb fordern wir:

* Demokratische Kontrolle und Verwaltung der staatlichen Betriebe durch Vertreter von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat zu gleichen Teilen!

* Statt Kurzarbeit: 35-Stundenwoche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust!

* Ausarbeitung und Durchführung eines zentralen volkswirtschaftlichen Plans zur langfristigen Regulierung einer krisenfreien Produktion!

Die Stahlindustrien in aller Welt zählen zu jenen Industriesparten, dort sehr verstockt. Man schickte uns von einer Abteilung in die andere und meinte überall, man könne keine Auskunft geben, dazu fehlen Unterlagen und Bewilligung.

Auch Österreichs Schwerindustrie blieb davon nicht verschont. So ging von 1981 auf 82 die Stahlproduktion von 4,7 auf 4,3 Millionen Tonnen zurück. Am härtesten betroffen von dieser Krise ist die VEW. Und natürlich sind es wieder einmal die Arbeiter, die die Auswirkungen zu spüren bekommen. In den letzten Jahren verloren rund 30% aller VEW-Arbeiter ihren Job. Im April 1983 sank die Beschäftigungszahl zum ersten Mal unter 15000. Für die vielen Arbeitslosen sicher ein schlechter Aprilscherz.

Besonders betroffen sind die vielen Nebenerwerbsbauern in der Steiermark, die früher ins Stahlwerk arbeiten gingen und nebenbei einen kleinen Hof hatten. Sie waren die ersten, die eingespart wurden, und müssen nun von der kleinen Landwirtschaft, von deren Erträgen sie aber kaum existieren können, leben.

Am besten in der Steiermark steht noch das Werk Kapfenberg, mit derzeit 6000 Beschäftigten. Dort mußten noch die wenigsten Arbeitsplätze abgebaut werden, die Produktion soll aus anderen Städten wie Judenburg, oder aus Wien soll die Zentrale nach Kapfenberg verlegt werden. Trotzdem ist auch dort die Stimmung gedrückt. Als wir Ende März in die Industriestadt fuhren, um einen Betriebsrat von der



VEW Arbeiter in Kapfenberg: Keine Aussicht auf ein Ende der Stahlkrise.

DER MARXISMUS LEBT

Die Militärdiktatoren dieser Welt – die Pinochet und Co – betrachten den Marxismus (zu Recht) als ihren Todfeind. Sie wollen ihn ein für allemal ausrotten. Aber wichtige Ideen kann man auf Dauer nicht unterdrücken....

Die stalinistischen Bürokraten dieser Welt – die Honecker, Andropow und Co – berufen sich (völlig zu Unrecht) auf Marx. Sie nehmen seinen großen Namen, sein geniales Werk für ihre durch und durch korrupte Machtpolitik in Anspruch. Aber auf Dauer kann man nicht eine Perversion des Marxismus schlechthin "verkaufen"....

Die kapitalistischen Politiker dieser Welt – die Reagan, Thatcher, Mock und Co – haben Angst vor einem Erstarken des Marxismus in der Arbeiterbewegung. Nach außen hin jedoch erklären sie ihn für verstaubt, dogmatisch und ziehen ihn dadurch in den Dreck, daß sie ihn mit der Politik der Sowjetunion und ihrer Satelliten gleichsetzen. Sie wollen uns weismachen, der Marxismus sei tot. Sie werden sich noch wundern....

Was ist das für ein Mann, von dem noch 100 Jahre nach seinem Tode alle Welt spricht, über den man sich in die Haare kriegt, dessen Ideen und Theorien kaum einen politisch Interessierten unberührt lassen? Wie sah sein Leben aus? Welches sind die Stützpfiler seiner theoretischen Werke? Welche Bedeutung hat der Marxismus heute für uns?

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 als Sohn eines jüdischen Rechtsanwalts geboren. Er studierte zunächst in Bonn, dann in Berlin. 1842 erschien erstmals die Rheinische Zeitung, ein oppositionelles Blatt, dessen Chefredakteur Marx im Oktober wurde. Doch die Zensur

zwang ihn zur Flucht nach Paris, von wo er auf Drängen der preußischen Regierung ebenfalls nach Herausgabe der "Deutsch-Französischen Jahrbücher" ausgewiesen wurde (1845).

Seit 1844 kann man von der Zusammenarbeit Marx/Engels sprechen. Im Frühjahr desselben Jahres schlossen sich Marx und Engels einer Propagandagesellschaft



Friedrich Engels
(1820-1895)

an, dem "Bund der Gerechten", aus dem der "Bund der Kommunisten" wird.

Im November 1847 in London nehmen sie hervorragenden Anteil am 2. Kongreß des Bundes und verfassen in seinem Auftrag das "Manifest der kommunistischen Partei" (Februar 1848). Mit genialer Klarheit und Ausdruckweise ist hier in diesem Werk die neue Weltanschauung umrissen: der konsequente, auch das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens umfassende Materialismus, die Dialektik, die Theorie des Klassenkampfes und die welthistorische Rolle des Proletariats als Schöpfer der neuen Ge-

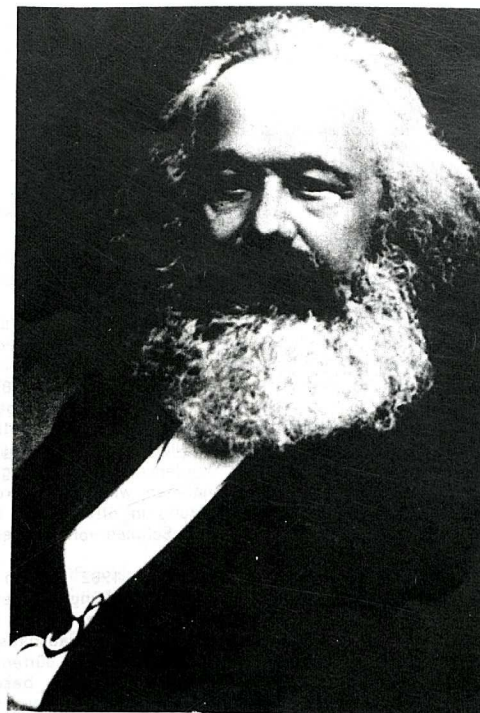
sellschaft. Kurz, der wissenschaftliche Sozialismus hatte sein erstes Programm.

In der Februarrevolution 1848 kam Marx wieder nach Paris, dann nach Deutschland, wo er die "Neue Rheinische Zeitung" herausgab. Er wurde nach dem Scheitern der 48er Revolution aus Deutschland ausgewiesen, ging zunächst wieder nach Paris, dann nach London, wo er bis zu seinem Tod lebte. Die Not lastete drückend auf, der Familie Marx, und ohne Engels Hilfen hätte er die Zeit wohl kaum durchgestanden. Trotzdem ging er entschlossen seinen Weg.

Er war genötigt, die gehässigsten und absurdesten Angriffe von Bürgerlichen und Pseudosozialisten zu entkräften. Anstatt zu resignieren, arbeitet Marx nach einigen historischen Schriften an der politischen Ökonomie, die er eifrig studierte. Marx revolutionierte diese Wissenschaft.

Er schrieb Werke wie "Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859) und "Das Kapital" (1867). Doch auch praktische Arbeit leistete Marx. 1864 gründete er die "Internationale Arbeiterassoziation", wo es ihm gelang, sämtliche Strömungen in der Arbeiterklasse zusammenzufassen. Nach dem Scheitern der Pariser Kommune 1871 (siehe K.Marx: Bürgerkrieg in Frankreich) wurde auf Drängen von Marx die 1. Internationale aufgelöst.

Sie hatte ihre historische Rolle erfüllt und machte den sozialistischen Massenparteien und der 2. Internationale (1889) Platz. Marx selbst kränkelte durch seine aufreibende Arbeit sehr und starb am 14. März 1883. Er hinterließ eine Fülle von Schriften, die in der MEGA enthalten sind.



WERK:

In der deutschen Philosophie ist zwischen dem Idealismus (Hegel) und dem Materialismus (Feuerbach) prinzipiell zu unterscheiden. Für den Idealisten ist das Denken der Ursprung, der Geist bestimmt das Materielle (das Bewußtsein bestimmt das Sein). Der Materialismus hingegen, besonders durch Marx entwickelte dialektische Materialismus, sieht jedoch das Materielle als die reelle Basis, über die sich ein geistiger und politischer Überbau erhebt (das Sein bestimmt das Bewußtsein). Die Dialektik ist die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungsgesetzen und Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens.

Die Dialektik versteht den Lauf der Geschichte, der Entwicklung als einen Prozeß ständiger Veränderung. Nichts ist endgültig, jede Phase wird abgelöst durch eine neue. Dieser Entwicklungsprozeß ist von Widersprüchen und ihrer Überwindung gekennzeichnet. Diese ist nicht selten sprunghaft (Revolution).

Wichtig für den Historismus ist je-

doch, daß sich diese Prozesse nicht automatisch vollziehen, sondern von Menschenhand herbeigeführt werden.

Marxismus heute

In der Zeit des Wirtschaftswunders glaubten viele, der Kapitalismus habe seine Krisen überwunden, der Marxismus sei veraltet und gehöre nicht in dieses Jahrhundert. Auch viele Linke schlossen sich diesem Meinungsstand an. Heute müßte man schon blind sein, um die Aktualität der Marx'schen Lehre zu übersehen.

Wirtschaftskrisen, Massenarbeitslosigkeit, Demontage des Sozialstaates. Wirtschaft und Staat werden von einigen wenigen Großkonzernen und Banken beherrscht. All dies hat Karl Marx vor über 100 Jahren aufgezeigt: als die zwangsläufige Konsequenz des kapitalistischen Systems und seiner Widersprüche. Er sagte den Zerfall, den Niedergang dieser Gesellschaftsform in allen Einzelheiten voraus. Aber er erklärte auch, daß es keinen automatischen Übergang zum Sozialismus, keine Endkrise des Kapitalismus geben könne, sondern das dieses überlebte System durch das bewußte Handeln der Arbeiterklasse und ihrer Organisation gestürzt werden müsse.

Der Marxismus ist kein Marxismus, wenn er sich auf die Theorie der Analyse beschränkt. Der Marxismus ist Anleitung zum Handeln!

Es kommt darauf an, diese Welt zu verändern – und zwar schnell, denn es ist allerhöchste Zeit!

Andreas Pittler SJ 5



MODELL JUGOSLAWIEN ?

Robert Brunthaler
SJ 10

Für viele Linke in Österreich und anderen Ländern war Jugoslawien nach dem Bruch von Tito und Stalin 1948 lange Zeit ein Modell für den Weg zum Sozialismus. Nun, nachdem Tito seit drei Jahren tot ist und Jugoslawien in eine Wirtschaftskrise geschlittert ist, die sich schon lange vorher abgezeichnet hat (schon zu Titos Zeiten betrug die Inflationsrate 15%) muß wohl jeder sehen, daß Jugoslawien genauso eine Bürokratienclique regiert und nicht die Arbeiter. Wie kam es dazu, daß viele Linke sich der Illusion hingaben, Jugoslawien wäre ein Arbeiterstaat?

Der "Antistalinist" Josip Broz (in der Illegalität Tito genannt) genoß zweifellos bis zu seinem Tod aufgrund seiner führenden Rolle im Partisanenkrieg gegen die Besatzungsmächte im zweiten Weltkrieg Ruhm und Beliebtheit bei seinem Volk.

Am Höhepunkt des Widerstandskampfes gegen die Nazis umfaßte die Partisanenarmee 800000 Jugoslawen aus allen Nationalitäten. Als sich herausstellte, daß Mihailovic, der monarchistische Führer der einzigen anderen Widerstandsgruppe, heimlich mit den Nazis verhandelte, fiel der kommunistischen Partei die führende Rolle im Befreiungskampf zu. Bedeutete das, daß die KP Jugoslawiens nach der Befreiung

logischerweise die sozialistische Revolution vollenden werde? Der Widerstandsplan von Tito stritt kommunistische Absichten ab und forderte ein breites Bündnis für die nationale Befreiungsarmee. Die Kommunisten betrachteten sich in erster Linie als Jugoslawen und nur zweitrangig als Kommunisten.

Stalinist Tito

Dies war ganz im Sinne der bisherigen stalinistischen Politik Titos. Er wurde 1937 Führer der KP, nachdem sie, wie alle anderen europäischen KPs, zum bloßen Werkzeug Stalins geworden war. Es spricht Bände für die Untergebenheit und Zuverlässigkeit Titos, daß er zum Generalsekretär der KP ernannt wurde, nachdem Stalins Geheimpolizei fast die gesamte Jugoslawische Führungsspitze weggesäubert und dabei über 100 Personen liquidiert hatte.

Stalin versuchte, die jugoslawische Partei und das Regime unter seine Kontrolle zu bringen, so wie es schnell mit den anderen osteuropäischen Ländern geschehen war. Aber Tito stützte sich auf den heroischen Kampf von breiten Massen, denen bis zur Endphase des Krieges aus russisch-nationalen strategischen Gründen die Unterstützung aus Moskau verweigert wurde.



Jugoslawische Arbeiter: Mitbestimmung aber keine Kontrolle über die Produktion.

Jugoslawien heute

Eine Ursache der Inflation in Jugoslawien besteht darin, daß die Unternehmer frei ihre Preise bestimmen dürfen. Daran scheiterten auch einige Versuche, einen Preisstop durchzuführen.

So z.B., als Ende Juli 1982 trotz einer von der Regierung verordneten Einfrierung der Preise die Lebenshaltungskosten 1982 um 61,8% stiegen. 1982 war überhaupt das Jahr des totalen wirtschaftlichen Niedergangs in Jugoslawien. So wurden drastische Energiesparmaßnahmen, wie Einschränkung der Beheizung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen von der Regierung verhängt.

Im Herbst 1982 wurden einige Einfuhrbeschränkungen beschlossen. Mangelwaren wie Kaffee, Radios und Haushaltsgeräte, Waschpulver usw. dürfen nicht mehr oder nur noch beschränkt eingeführt werden. Auslandsreisen wurden für die Jugoslawen durch Einführung einer Depotsomme fast unmöglich gemacht, und die jüngsten Preiserhöhungen bei Fleisch (33% teurer), Bahnfahrten (15% teurer) und landwirtschaftlichen Erzeugnissen (um durchschnittlich 21,8% teurer) haben sich die Arbeiter sicher auch nicht selbst auferlegt.

Diese Maßnahmen, die immer stärker auftretenden Lebensmittelengpässe und eklatante Korruptionsfälle unter den Regierungsmitgliedern und Wirtschaftsleitern (so wurde bekannt, daß sich der leitende Manager der kroatischen Raffinerie INA mit Dollar Millionen in die BRD abgesetzt hat) steigert die Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Regierung. Die zunehmenden regionalen Gegensätze und Feindseligkeiten, verbunden mit der zunehmend schlechter werdenden wirtschaftlichen Situation werden keine neue Periode von 30 Jahren Wachstum und relativer Stabilität zulassen. Die politische Revolution gegen die Bürokratie steht genauso auf der Tagesordnung wie in anderen Ländern Osteuropas.

Fortsetzung von Seite 1

7 STUNDENTAG BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH!

denwoche erringen! Aber nicht nur die Unternehmer wehren sich gegen die Arbeitszeitverkürzung. Leider haben noch sehr viele Kollegen und Kolleginnen ihre Bedenken.

So z.B. Nr. 1

"Wären wir bei einer 35-Stundenwoche nicht gezwungen, entsprechend mehr Überstunden zu machen, um unseren Reallohn zu halten?"

woche, gezwungen, Überstunden zu machen, weil sie und ihre Familien mit dem normalen Lohn nicht über die Runden kommen! Deswegen muß der Kampf der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Mitglieder auch mit einem Kampf für einen Mindestlohn von 10000 S netto für jeden Vollbeschäftigten verbunden sein. Aber auch Kolleginnen und Kollegen, die mehr als 10000 S verdienen, dürfen

mer durch kämpferische Aktionen dazu gezwungen werden.

Allerdings: An den fundamentalen Machtverhältnissen in Betrieb, Staat und Gesellschaft hat sich nichts Grundlegendes verändert. Die Herrschaft des Kapitals zu stürzen bleibt nach wie vor die größte Aufgabe der Arbeiterbewegung.

Weiters: Es besteht die berechtigte Hoffnung, daß die 35-Stundenwoche Neueinstellungen wenigstens in einem gewissen Ausmaß erzwingen würde. Wenn die Herrn Unternehmer trotz allem nicht nachgeben, ist dies umso mehr Grund, sich auf das ursprüngliche Programm der Arbeiterbewegung zurückzubedenken. Entfaltung des Großkapitals. Errichtung einer demokratischen Arbeiterkontrolle und -verwaltung in den Fabriken, Erstellung und Durchführung eines rationalen volkswirtschaftlichen Produktionsplanes und Aufbau einer sozialistischen Arbeiterdemokratie, in der die Mühseligkeiten und Nöte der heutigen Gesellschaft nach und nach abgebaut werden können!



Robert Schiffler
SJ 10

Erstens: Die 35-Stundenwoche wird bei vollem Lohnausgleich gefordert. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wäre schlicht und einfach eine allgemeine Kurzarbeit-Arbeitszeitverkürzung nach Unternehmerart, wie sie in verschiedenen Branchen schon jetzt, und in vielen Ländern schon seit Jahren praktiziert wird. Das kommt natürlich für uns nicht in Frage.

Und zweitens: In der Tat sehen sich viele Arbeiter und Angestellte schon heute, bei der 40-Stunden-

bei der Verkürzung der Arbeitszeit keine Lohneinbußen erleiden.

Nr. 2

Die Unternehmer sind zu mächtig, sie lassen sich nicht zwingen, wegen der 35-Stundenwoche mehr Leute einzustellen.

Das stimmt nicht ganz: In der Vergangenheit hat die organisierte Arbeiterbewegung den Großkapitalisten schon viele Zugeständnisse abgerungen.

Die Bosse haben noch nie freiwillig etwas abgegeben, sie mußten im-

IMPRESSUM

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Sozialistische Jugend Wien.
Verantwortlicher Redakteur: Robert Schiffler
1100 Wien Knöllg. 41/37
Richtung der Zeitung: Sozialistische Betriebszeitung.
Druck: Brücke-Druck- und Verlags-GesmbH. 1010 Wien, Wipplingerstr. 23

DEUTSCHLAND NACH DER WAHL

Rechtsruck in der BRD?

Die Euphorie in der bürgerlichen Presse über den Wahlausgang, starke Bewegungen an der Börse (BRD Aktien steigen) und die Aufwertung der DM zeigen, daß nun das BRD-Kapital seine Parteien an der Regierung gebracht hat. Den österreichischen Linken versetzte der Wahlausgang einen starken Schock.

Die Linken d'e immer schon davon sprachen, daß die Arbeiter in Krisenzeiten sowieso nach Rechts gehen würden, fühlen sich nun wieder bestätigt. Alles spricht von einem allgemeinen Rechtsruck in der deutschen Arbeiterschaft (haben doch 2 Millionen SPD-Wähler diesmal CDU gewählt). Doch wie ist diese Kohlwahl wirklich zu verstehen? Heißt der nächste Regierungschef nach Kohl vielleicht gar Strauß? Ist dieser Wahlausgang schon als Wegbereiter für den Faschismus zu verstehen?

CDU gewählt warum?

Der Trend zeigt für die SPD schon lange nach unten. Bei fast allen Landtags- und Kommunalwahlen der letzten Jahre hat die SPD Niederlagen einstecken müssen (ausgenommen bei der Anti Strauß Wahl 1980). Diese Niederlagen waren überwiegend darauf zurückzuführen, daß die SPD ihre Anhänger nicht voll mobilisieren konnte. Viele Jungwähler und Arbeiter blieben den Wahlen fern und verließen ihre Unzufriedenheit mit der Politik ihrer Partei Ausdruck.

Die jetzt verlorene Bundestagswahl knüpft wieder an den generellen Abwärtstrend vor dem Machtwechsel



Keine Regierung sitzt heute fest im Sattel, auch die Kohls nicht.

sel in Bonn an. Es kam sogar schlimmer, diesmal gab es keine Protestenthaltungen von SPD-Wählern, sondern sogar einen absoluten Stimmengewinn der CDU/CSU auf Kosten der SPD. Die Gründe dafür liegen wohl weniger darin, daß die CDU ein begeisterndes und attraktiveres Programm anzubieten hatte, als vielmehr in der mangelnden Glaubwürdigkeit und der Enttäuschung über die Politik der SPD in den letzten Jahren.

Draht zum Kapital

Hinzu kommt, daß man bei der CDU einen besseren Draht zum Kapital vermutete. Und da ist schließlich viel Wahres dran. Das Kapital wollte offensichtlich ziemlich einmütig den Sieg der Rechtskoalition.

Nachdem durch die FDP veranlaßt, und vom Kapital unterstützten, kalten Machtwechsel in Bonn, zeigte sich bei den Wahlen in Hessen und Hamburg, was möglich gewesen wäre, wenn die SPD einen einigermaßen kämpferischen und mit halbwegs klaren Aussagen geführten Wahlkampf, gemacht hätte. Die Unternehmer haben massiv zu Gunsten der CDU in den Wahlkampf eingegriffen. Z.B. wurde vielen Arbeitern im Betrieb gesagt: "Wenn ihr Euren Arbeitsplatz behalten wollt, wählt CDU". Dies hat einerseits eine einschüchternde Wirkung nicht verfehlt, andererseits mag es auch viele dazu bewogen haben, Unternehmern politische Rahmenbedingungen zu verschaffen.

Jugend wählte links

Einen tiefen Einbruch hat die SPD bei den Erstwählern und Jungwählern (bis 25 Jahre) erlitten. 1972 wählten zwei Drittel aller Jungwähler SPD. Auch 1976 und 1980 waren es immer noch knapp die Hälfte. Doch diesmal verteilten sich die Stimmen der Erstwähler wie folgt:

SPD 37,5%
CDU 32,5%
Grüne 23,6%

750000 Jungwähler gingen von der SPD zu den Grünen über. Die schwammigen Aussagen zu Themen wie Umweltschutz, Raketenstationierung usw. haben die Jugendlichen den Grünen zugeführt. Festzustellen bleibt aber: Unter der Jugend gibt es nach wie vor eine Mehrheit links von der Union.

Hier hat die CDU keine Gewinne verzeichnen können. Der hohe Anteil grüner Jungwähler ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Jugend grundlegende Alternativen sucht.

Perspektiven für BRD

Ein solch spektakulärer Sieg wie der vom 6. März ist keine deutsche Besonderheit. In vielen westlichen Ländern sind unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise sozialdemokratische Regierungen von enttäuschten Arbeitern abgewählt bzw. vom Kapital gestürzt worden, nachdem sie oft Sozialreformen wieder abgebaut hatten: Australien und Neuseeland 1975/76, Schweden 1976, Israel 1977, Türkei 1979, Portugal

Krankengeldbezieher müssen Beiträge zur Rentenversicherung leisten. Die Rentenerhöhungen werden gekappt und 1984/85 wohl nochmal verschoben. Das Arbeitslosengeld für Ledige und Verheiratete ohne Kinder wird auf 62% gesenkt.

So werden die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer gemacht, und die Arbeitslosigkeit wird noch weiter steigen.



Proteste gegen Kürzungen.

1978, England 1979, Norwegen 1982 Niederlande 1982, Dänemark 1982 (in Australien und Schweden sind übrigens die Sozialdemokraten nach nur wenigen Jahren inzwischen wieder als Wahlsieger in die Regierung zurückgekehrt).

Doch wie sieht es mit dem von Kohl versprochenen Aufschwung aus? Sicher, nach drei Jahren schwerster Wirtschaftskrise seit Kriegsende dürfte spätestens 1984 wieder ein mäßiger Aufschwung mit bescheidenem Wirtschaftswachstum kommen. Doch der Segen des Aufschwungs wird hauptsächlich in den Taschen der Unternehmer, Bankiers und Großaktionäre verschwinden. Sie haben Kohls Wahlsieg jubelt und fühlen sich jetzt bestärkt.

Die angekündigten Massenentlassungen in vielen Industriezweigen laufen weiter.

Kohls "Aufschwung" wird in erster Linie von verheerendem Sozialabbau gekennzeichnet sein. Was vor der Wahl verschwiegen wurde, kommt jetzt allmählich in die Öffentlichkeit.

Widerstand gegen Kürzungen

Durch diese Ungerechtigkeiten werden die Illusionen, die viele Arbeiter in die neue Regierung haben, schnell zerrinnen.

In wenigen Monaten wird der Wind der CDU/CSU voll ins Gesicht blasen. Dafür sprechen Erfahrungen mit bürgerlichen Regierungen in anderen Ländern, die schon wenige Monate nach ihrem Machtantritt mit einer massiven Gegenbewegung der Gewerkschaften konfrontiert waren. Keine Regierung der Erde sitzt heute wirklich fest im Sattel.

Für diese Perspektive spricht auch, daß schon in dieser wie auch in den vorhergehenden Tarifrunden, vor allem in der Metallindustrie, die Kampfbereitschaft der Arbeiter klar zu sehen war. Hunderttausende haben sich an Warnstreiks beteiligt. Doch die Gewerkschaftsführung hat sich immer wieder gegen Vollstreik ausgesprochen, weil es darauf ankomme, die Kräfte und Geld der Gewerkschaften auf die große Auseinandersetzung um die

35-Stundenwoche im Frühjahr 1984 zu konzentrieren. Die aktiven Kollegen werden sie beim Wort nehmen. Eine größere Streikbewegung ist deshalb schon vorgezeichnet.

Natürlich sollten wir uns keine Bilderbuchvorstellungen von den kommenden Auseinandersetzungen der deutschen Arbeiter mit der Kohlregierung machen. Es wird immer wieder vorübergehende Phasen der Demoralisierung und der Verzweiflung geben. Aber als Folge der Auseinandersetzungen mit den Arbeitern ist auch eine tiefe Regierungskrise nicht auszuschließen. Noch vor dem Ablauf ihrer vier Jahre könnte die CDU/CSU/FDP Regierung auseinanderbrechen.

Viele, vor allen junge Arbeiter, werden sich wehren, werden sich in den Gewerkschaften aktivieren. Die meisten von ihnen werden auf der Suche nach einer politischen Alternative in die SPD eintreten, um sie von unten zu erneuern.

Bei der nächsten Bundestagswahl könnte der Protest gegen die Kohlregierung bei der SPD einen so starken Zulauf bringen, daß sie die absolute Mehrheit gewinnt. Die Parteilinie wird aber dafür sorgen müssen, daß die nächste SPD-Regierung sich nicht mehr vom Kapital erpressen läßt, sondern ihre breite Anhängerschaft mobilisiert, um mit diesem System, mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, für immer Schluß zu machen.



Kein Ministerposten für Franz Josef Strauß.

VORWÄRTS Stoppt

Ausländerfeindlichkeit

Wir haben einen Zeitungsverkäufer interviewt, um auf die Situation dieser Menschen aufmerksam zu machen.

Vorwärts: Wie fühlst Du Dich in Österreich und wie sind die Leute zu Dir?

Halef: Ich fühle mich hier sehr gut, auch die Menschen sind sehr nett. Ich möchte hierbleiben, wenn es geht, und weiterstudieren.

Vorwärts: Es gibt in Österreich rassistische Neonazigruppen (AUS), die gegen Ausländer kämpfen und sonstige Menschenrechtsverletzungen begehen. . .

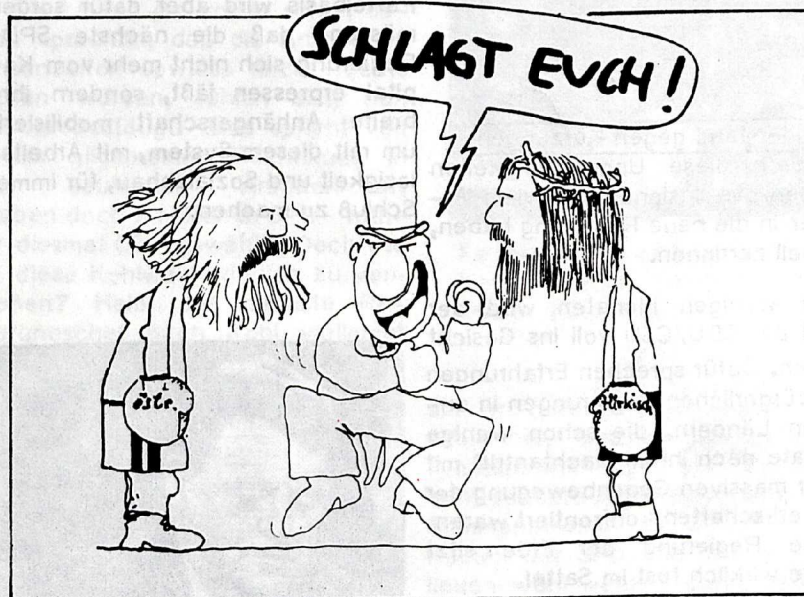
Halef: Ich war in meiner Heimat Ägypten Französischprofessor an einem Gymnasium. Doch ich mußte das Land verlassen, weil es so viele Kämpfe gab, zwischen Christen und Moslems. Ich finde das sehr schlecht. Es ist traurig, daß es solche Rechtsextremen und intoleranten Nationalisten überall gibt. Auch in Österreich. Die brauchen ja nur einen Sündenbock. Wir nehmen bestimmt keine Arbeitsplätze weg. Wer stellt sich schon hin von acht bis zehn am Abend und verscherbelt Zeitungen? Außerdem soll doch jeder studieren können wo er will!

Vorwärts: Du stehst jeden Abend und verkaufst Zeitungen. Wieviel bekommst Du dafür?

Halef: Ich bekomme sehr wenig – etwas weniger als 3000S im Monat, aber ich muß es nehmen, denn ich brauche Geld fürs Studium. Ohne Geld kein Doktorat, ohne Geld geht es mir an den Kragen. Außerdem muß man ja froh sein, daß man heutzutage überhaupt noch einen Job bekommt. Privatleben kommt dabei natürlich zu kurz!

Dazu wäre noch zu sagen, daß Zeitungsverkauf auf der Straße ein lebensgefährlicher Job ist, daß aber die Kolporteure nicht sozialversichert sind und nach ein paar Jahren, wegen schweren gesundheitlichen Schäden, ihre Arbeit aufgeben müssen. Kranksein können sie sich nicht leisten, da sie sonst sofort ihren Arbeitsplatz verlieren.

Für die Zeitungsunternehmer sind die Kolporteure nur billige Arbeitskräfte, die für sie keine Belastung darstellen.



Spendet für VORWÄRTS!

Helft uns unsere Zeitung aufzubauen! leider noch viel zuwenig. Um unsere derzeitigen Kosten zu decken brauchen wir monatlich schon einige Erfolge erzielt. Aber mindestens **2500**

ACHTUNG NEUE BANKVERBINDUNG!

Neue Kontonr. **Z 670 043 207**

ICH MÖCHTE VORWÄRTS ABONNIEREN und habe Ös 40 (für sechs Ausgaben) auf das Postscheckkonto Robert Schiffler Kontonr. 7409295 überwiesen.

Lieferung folgt nach Zahlungseingang.

Name: